



 Studie

Dialogfunktion von Public Service Media

Impulse einer Zukunftswerkstatt für die Medienpolitik

Autor:innen-Team:

**Manuel Puppis,
Wolfgang Schulz &
Magdalena Stratmann**

in Zusammenarbeit mit



**LEIBNIZ-INSTITUT
FÜR MEDIENFORSCHUNG
HANS-BREDOW-INSTITUT**

**UNI
FR**

UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG



Danksagung

Die Durchführung dieses Projektes war nur möglich aufgrund der großen Bereitschaft zahlreicher Personen aus Wissenschaft und Praxis, uns ihre Expertise und Zeit zu schenken. Wir bedanken uns ganz herzlich bei den Teilnehmer:innen unserer Zukunftswerkstatt, die im Herbst 2025 unter Leitung der Zukunftsforscherin Rosa Berndt in Hamburg stattfand, und dem erweiterten Kreis von Expert:innen, die den Entwurf dieses Berichts kritisch gelesen und kommentiert haben.

Agora Digitale Transformation gGmbH
Krausenstraße 8
10117 Berlin

Ansprechperson:



T. +49(0)30 81 45 03 78 80
www.agoradigital.de
info@agoradigital.de

Torben Klaus
torben.klaus@agoradigital.de

Gefördert von: 

Digitale Zukunft für öffentlich-rechtliche Medien
<https://agoradigital.de/projekte/digitale-zukunft-oerm/>

Design: [Jakub Stejskal](#), [Make Studio](#) | Coverbild: [Jakub Stejskal](#)
Satz: Agora Digitale Transformation, [Jakub Stejskal](#)



Dieser Beitrag unterliegt einer CreativeCommons-Lizenz (CC BY-SA). Die Vervielfältigung, Verbreitung und Veröffentlichung, Veränderung oder Übersetzung von Inhalten der Agora Digitale Transformation, die mit der Lizenz „CC BY-SA“ gekennzeichnet sind, sowie die Erstellung daraus abgeleiteter Produkte sind unter den Bedingungen „Namensnennung“ und „Weiterverwendung unter gleicher Lizenz“ gestattet. Ausführliche Informationen zu den Lizenzbedingungen finden Sie hier: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Executive Summary

Der vorliegende Bericht verfolgt ein doppeltes Ziel. Erstens werden mithilfe der Szenariotechnik **plausible Zukunftsbilder** einer hybriden intermediären Öffentlichkeit entworfen, um eine konkrete Orientierungsfläche für eine medienpolitische Diskussion bereitzustellen, die Pfadabhängigkeiten vermeidet. Diese Zukunftsbilder verstehen sich nicht als Prognosen, sondern als heuristische Instrumente, mit denen mögliche Gestaltungsoptionen reflektiert werden können. Zweitens – und im Zentrum des Berichts – wird dann exemplarisch ausgelotet, welche **Rolle gemeinwohlorientierte Medien** bei der Bearbeitung zentraler demokratischer Herausforderungen in diesen möglichen Zukünften übernehmen könnten.

Ausgangspunkt ist ein **Verständnis von Öffentlichkeit als hybrides, intermediär vermitteltes Gefüge**, in dem massenmediale Angebote, Plattformkommunikation und zunehmend auch KI-basierte Intermediäre ineinandergreifen und auf unterschiedliche, miteinander verwobene Weisen Öffentlichkeit „herstellen“. Öffentlich vermittelte Kommunikation vollzieht sich unter diesen Bedingungen nicht mehr in klar abgegrenzten Räumen, sondern verteilt sich über unterschiedliche technische Infrastrukturen, soziale Kontexte und (auch) algorithmisch strukturierte Zugänge. Damit verändern sich auch die Voraussetzungen für gesellschaftlichen Dialog: Er wird fragmentierter, situativer, stärker durch technische Architekturen geprägt – und zugleich schwerer moderierbar und institutionell abzusichern.

Dabei ist der scheinbar paradoxe Befund zu konstatieren, dass neue Intermediäre Dialog ermöglichen und vereinfachen und so für die Demokratie funktional sein könnten, auf der anderen Seite das Zustandekommen eines die Demokratie tragenden „gesellschaftlichen Gesprächs“ aufgrund von Struktur und Vermachtung der hybriden intermediären Öffentlichkeit eher voraussetzungsvoller wird. Eine Lösung für diese Krise der Demokratie, die als Krise öffentlicher Kommunikation verstanden werden kann, besteht in der **Schaffung einer robusten Infrastruktur für Dialog**.

Vor diesem Hintergrund wird die Dialogfunktion als eine potenziell zentrale Aufgabe gemeinwohlorientierter Medien konzeptualisiert: die Ermöglichung, Strukturierung und Moderation gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse unter fragmentierten, technisch vermittelten und ökonomisch asymmetrischen Bedingungen. Anhand von Zukunftsbildern, Personas und exemplarischen Ideen für Dialogformate wird skizziert, wie Public Service Media solche Dialogprozesse nicht nur abbilden, sondern aktiv organisieren und begleiten könnten.

Die entwickelten Formate setzen dabei auf vernetzte, plattformübergreifende Diskussionsräume, die dort ansetzen, wo Menschen sich ohnehin aufhalten, und diese durch redaktionell betreute, gemeinwohlorientierte Angebote ergänzen. Redaktionelle Teams übernehmen dabei nicht nur die Rolle klassischer Inhaltsproduzenten, sondern fungieren als Kurator:innen, Moderator:innen und Übersetzer:innen zwischen unterschiedlichen Kommunikationsräumen: Sie beobachten öffentliche Debatten, identifizieren relevante



Themen, strukturieren Austauschprozesse, sichern epistemische Qualität und sorgen für Transparenz, Fairness und Inklusion. **Dialog erscheint hier nicht als isoliertes Sonderformat, sondern als kontinuierlich begleiteter Prozess**, der journalistische Recherche, technische Infrastruktur und zivilgesellschaftliche Beteiligung verbindet. Ziel ist es, demokratische Verständigung auch unter den Bedingungen hybrider intermediärer Öffentlichkeit institutionell abzusichern, ohne diese auf einen einzelnen Kanal oder Anbieter:in zu verengen.

Der Bericht präsentiert damit nicht ein abschließendes, umfassendes Konzept, sondern als Impuls für eine proaktive Medienpolitik. Er will **Diskussionen darüber anstoßen, wie demokratierelevante kommunikative Infrastrukturen künftig aussehen könnten** und welche Rolle öffentlich-rechtliche resp. öffentliche Akteure bei deren Gestaltung spielen können – nicht als alleinige Träger, sondern als verlässliche Knotenpunkte in einem vernetzten, pluralen Öffentlichkeitsgefüge. In Deutschland könnte Medienpolitik den Anstoß unmittelbar aufnehmen und eine **konzeptionelle Weiterentwicklung von Dialogformaten im nächsten Reformschritt des Medienstaatsvertrags** aufnehmen. In der Schweiz bieten sich entsprechende Schritte bei der anstehenden Revision der SRG-Konzession an.

Inhalt

1	Einleitung.....	4
2	Ausgangspunkt: Hybride intermediäre Öffentlichkeit und Dialog	5
	2.1 Hybride intermediäre Öffentlichkeit	5
	2.2 Zum Verständnis von Dialog	6
	2.3 Dialog in massenmedialer & hybrider intermediärer Öffentlichkeit.....	6
3	Ergebnisse	9
	3.1 Rahmenbedingungen und Treiber der Entwicklung	9
	3.2 Zukunftsbilder	10
	3.3 Dialogformate.....	11
	3.4 Dialogfunktion von PSM.....	13
	3.4.1 Bereitstellung von Dialogformaten	13
	3.4.2 Bereitstellung von Infrastruktur für Dialog	15
4	Medienpolitische Handlungsvorschläge	16
	4.1 Von einer Abbaudiskussion zu einer proaktiven Medienpolitik	16
	4.2 Konkrete Empfehlungen	17
	4.2.1 Deutschland.....	18
	4.2.2 Schweiz.....	20
5	Konklusion	21
	Literatur	22
	Anhang 1: Methodisches Vorgehen.....	26
	Anhang 2: Teilnehmer:innen der Zukunftswerkstatt	28
	Anhang 3: Erweiterter Kreis von Expert:innen.....	29
	Anhang 4: Typologie der Dialogermöglichung durch PSM	30



1 Einleitung

Medienpolitische Debatten über **Public Service Media** (PSM; in Deutschland: öffentlich-rechtlicher Medien; in der Schweiz: medialer Service public) werden häufig stark pfadabhängig geführt. Die Aufmerksamkeit von Politik wie Branche wird vom Tagesgeschäft absorbiert; Zeit für das Nachdenken über mögliche Zukünfte und die Ausarbeitung von Ideen für deren proaktive Gestaltung fehlt oftmals. Eine klare Zielvorstellung darüber, welche kommunikativen Bedürfnisse die Bürger:innen angesichts des fortschreitenden Strukturwandels der Öffentlichkeit in Zukunft haben und welchen Beitrag gemeinwohlorientierte Anbieter:innen wie beispielsweise PSM zu deren Adressierung leisten können, ist bislang kaum erkennbar (für eine Literaturanalyse siehe Strattmann, 2026).

Ausgehend von der Frage, wie Dialog in der hybriden intermediären Öffentlichkeit abgesichert werden kann (siehe [Kapitel 2](#)), verfolgt das Projekt „Dialogfunktion von Public Service Media“ deshalb ein doppeltes Ziel (zur methodischen Vorgehensweise siehe [Anhang 1](#)). Zum einen wurden, basierend auf einer Einschätzung von verschiedenen Einflussfaktoren (siehe [Kapitel 3.1](#)), **plausible Zukunftsbilder entwickelt** (siehe [Kapitel 3.2](#)). Zum anderen wurden **Ideen für gemeinwohlorientierte Dialogformate** und die Organisation von Dialog ausgearbeitet, die in diesen möglichen Zukünften kommunikative Bedürfnisse der Bürger:innen zu erfüllen vermögen (siehe [Kapitel 3.3 & 3.4](#)). Dabei ging es insbesondere auch darum auszuloten, welche Rolle öffentlich finanzierte und organisierte Akteure dabei spielen können resp. angesichts marktlicher Defizite müssen. Denn die **Zukunft ist aktiv gestaltbar durch Medienpolitik** und die daran beteiligten Akteure, was explizit auch zivilgesellschaftliche Akteure umfasst. Entsprechend werden im Anschluss an die Analyse medienpolitische Handlungsvorschläge formuliert (siehe [Kapitel 4](#)).

Der Bericht soll damit einen Beitrag leisten zu medienpolitischen wie medienpraktischen Diskussionen darüber, wie gemeinwohlorientierte Anbieter:innen eine Dialogfunktion in einer hybriden intermediären Öffentlichkeit wahrnehmen könnten, indem beispielhaft Optionen ausgearbeitet werden. Dabei bieten die skizzierten Ideen eine gewisse Konkretisierung von Konzepten wie „Public Open Space“ (u.a. Dobusch, 2018) oder für die „Dritte Ausbaustufe“ eines „Digital Open Public Space“ (Dogruel et al., 2025) und ist auch anschlussfähig an Zukunftsszenarien zur demokratischen Öffentlichkeit (Freihse & Unzicker, 2024). Der Bericht erhebt keineswegs Anspruch auf eine systematische Analyse der Materie oder gar Vollständigkeit. Vielmehr will er Inspiration bieten für Diskussionen über eine gemeinwohlorientierte medienpolitische Gestaltung der Voraussetzungen demokratischer Öffentlichkeit.

2 Ausgangspunkt: Hybride intermediäre Öffentlichkeit und Dialog

2.1 Hybride intermediäre Öffentlichkeit

In der Forschung besteht weitgehend Konsens, dass die gegenwärtige Öffentlichkeit als **hybride intermediäre Öffentlichkeit** beschrieben werden kann (u.a. Schade, 2021). Gemeint ist damit, dass verschiedene Formen der Öffentlichkeitsproduktion gleichzeitig bestehen und miteinander verflochten sind. Neben Massenmedien (inklusive journalistische Onlineangebote und Streamingdienste) sind mit Plattformen (soziale Netzwerke, Video-Sharing-Dienste), Suchmaschinen und KI-Chatbots resp. -Agenten **neue Vermittler oder Intermediäre** getreten, die Kommunikation öffentlich vermitteln (Beck & Donges, 2020). Deren (algorithmische) Selektion und Aggregation von Inhalten funktioniert aber nach einer anderen Logik, womit sich auch die darauf basierende Konstruktion gesellschaftlicher Realität unterscheidet (Just & Latzer, 2017). Damit koexistieren divergierende Kommunikationslogiken: algorithmisch gesteuerte Plattformkommunikation und KI-generierte Inhalte treffen auf redaktionell kuratierte Medieninhalte.

Das **Neben- und Miteinander von Massenmedien und Plattformen** ist bereits Realität. Klassische journalistisch-redaktionelle Angebote der Massenmedien und Kommunikationsformen auf Plattformen beziehen sich bspw. wechselseitig aufeinander: Nutzer:innen gelangen über Plattformen zu Inhalten der etablierten Medien, während Journalist:innen Themen und Impulse aus der Social-Media-Kommunikation aufgreifen (siehe u.a. Bruns, 2017; Uth et al., 2023; Van der Haak et al., 2012). Auch ökonomisch bestehen Abhängigkeiten der Medien von Plattformanbietern (Lobigs, 2018; Nielsen & Ganter, 2022).

Derzeit verändert sich die hybride intermediäre Öffentlichkeit erneut durch den **Bedeutungszuwachs von sogenannter „künstlicher Intelligenz“**. KI-unterstützte Suchmaschinen, KI-Chatbots, KI-Browser und KI-Agenten entwickeln sich zur ersten und zuweilen einzigen Anlaufstelle für die Nutzer:innen und bedienen sich für ihre Antworten auf Fragen stark bei den Angeboten publizistischer Medien und anderer „Content Creator“ und Websitebetreiber. Das so entstehende „Zero-Click-Internet“ stellt für die Medienbranche (und andere Ersteller:innen von Inhalten) ein dramatisches ökonomisches Problem dar. Je weniger Nutzer:innen den Weg auf die Websites und in die Apps von Medienangeboten finden, desto schneller erodieren deren Geschäftsmodelle. Insofern wird auch die Notwendigkeit medienpolitischer Eingriffe gesehen, seien dies Vergütungsmodelle, Medienförderung oder die Weiterentwicklung von PSM. KI-Anwendungen werfen zudem Fragen auf bezüglich der Authentizität und Faktizität der generierten Inhalte (EBU & BBC, 2025; Lewandowski, 2025). Ebenso sind Folgen für die Perspektivenvielfalt und das zufällige Entdecken (Serendipität) von Themen durch die Nutzer:innen absehbar.

Diese hybride intermediäre Öffentlichkeit ist geprägt von Machtverschiebungen zwischen den verschiedenen Akteuren und von sich daraus ergebenden Unsicherheiten und Fragilitäten. In diesem Zuge verändern sich viele Funktionen, die öffentlich vermittelte Kommunikation für ein demokratisches Gemeinwesen erfüllt, auch in Bezug auf Dialog als Kommunikationsform. Da in der Konsequenz auch die demokratische Meinungsbildung insgesamt betroffen ist, entsteht Handlungsbedarf für die Medienpolitik.



2.2 Zum Verständnis von Dialog

Der Begriff „Dialog“ wird hier in einem weit gefassten, gesellschaftlichen Sinn (Linell, 1988) als Bezeichnung für kommunikative Prozesse in der Gesellschaft verwendet, die in unterschiedlichen Konstellationen stattfinden (Dürscheid, 2018; Elter, 2013). Dialog bezieht sich auf alle **Kommunikationsformen, in denen sich soziale Akteure wechselseitig wahrnehmen, aufeinander beziehen und gemeinsam Bedeutung aushandeln**.

Dialog erfüllt in demokratischen Gesellschaften eine Vielzahl zentraler Funktionen. Er legitimiert politische Macht, indem er Herrschaft durch öffentliche Rechtfertigung und Teilhabe absichert, und stärkt die Inklusion und Gleichheit der Bürger:innen durch gleiche Chancen zur Meinungsäußerung. Gleichzeitig ermöglicht Dialog die Transparenz politischer Prozesse und trägt zur Verständigung über gemeinsame Normen bei (Weiß & Jandura, 2017). Über den Austausch unterschiedlicher Perspektiven werden Wissen und Erfahrungen geteilt, Lernprozesse angestoßen, Probleme identifiziert und die kollektive Problemlösung gefördert.

Auf diese Weise wird Dialog zu einem **Mittel demokratischer Erkenntnis und gesellschaftlicher Selbstverständigung** (Habermas, 1981). Darüber hinaus erfüllt Dialog integrative und politische Aufgaben: Er stärkt Vertrauen, sozialen Zusammenhalt und die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktbearbeitung (Imhof, 2011; Linell, 1988).

2.3 Dialog in massenmedialer & hybrider intermediärer Öffentlichkeit

In einer hauptsächlich **massenmedial hergestellten gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit** leisten Medien einerseits einen **Beitrag zum demokratischen Dialog**, indem sie Themen, Akteure und Meinungen allgemein bekannt gemacht haben, was Anschlusskommunikation ermöglicht hat. Andererseits – und damit verwoben – organisieren sie in ihrem publizistischen Angebot auch Dialog (bspw. politische Diskussionssendungen), womit dieser auf zwei Ebenen wirkt: in der Ermöglichung von unmittelbarem Austausch und in seiner öffentlichen Beobachtung. Journalistische Dialogformate wie Talkshows oder Expert:innen-Runden übernehmen dabei eine Schlüsselrolle, indem sie Diskussionen moderieren und strukturieren, Themen sichtbar machen, vielfältige Stimmen einbeziehen und durch redaktionelle Arbeit wie Recherche und Faktenprüfung für Transparenz und Verlässlichkeit sorgen. So tragen sie zur Orientierung und zur Stärkung demokratischer Öffentlichkeit bei (Neuberger, 2025).

Gleichzeitig dürfen aber Defizite von Massenmedien, die sich aus ihrer **oftmals kommerziellen Institutionalisierung und Konzentrationstendenzen** auf Medienmärkten ergeben, nicht übersehen werden. So zeichnen sich journalistische Medien durch eine starke Orientierung an politischen wie wirtschaftlichen Eliten aus, womit marginalisierte Gruppen nur über beschränkten Zugang zur Öffentlichkeit verfügten (McChesney, 2008). Ebenso verfolgen Medienunternehmen neben publizistischen immer auch kommerzielle und ggf. eigene politische Interessen (Meier & Jarren, 2001). Hinzu kommt die Problematik der Entstehung von Meinungsmacht durch Medienkonzentration (Schulz & Held, 2006).

In der durch die „digitale Dreifaltigkeit“ (Latzer, 2022) von Datafizierung, Algorithmisierung und Plattformisierung geprägten **hybriden intermediären Öffentlichkeit** haben sich die Bedingungen, unter denen Dialog stattfindet, grundlegend verändert. Die Bereitstellung von Informationsräumen für gesellschaftlichen **Dialog erfolgt vermehrt über neue Intermediäre** (Jarren & Klingner, 2017). Soziale Netzwerke ermöglichen Dialog, indem sie niedrigschwellige, wechselseitige Kommunikation über räumliche und institutionelle Grenzen hinweg erlauben und vielfältige Akteure in gemeinsame Diskursräume bringen; sie bedienen so das kommunikative Interesse an „Konversation“ (Schmidt & Taddicken, 2022). Zugleich machen sie Dialog beobachtbar und öffentlich sichtbar. Damit erweitern sie die öffentliche Kommunikationssphäre, in der Bürger:innen nicht nur Informationen austauschen, sondern auch argumentative Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Anliegen führen können. Insofern ist der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit nicht nur ein Risiko für demokratische Deliberation.

Allerdings **besitzen wenige private Unternehmen hinter Plattformen und KI-Agenten massive Markt- und Meinungsmacht**. Für die Gesellschaft ist deren Einfluss auf die soziale Konstruktion von Realität genauso beunruhigend wie Medienmacht. Bei Plattformen und KI-Agenten spielen publizistische und demokratische Überlegungen keine genuine Rolle. Diese sind in erster Linie auf Aufmerksamkeitsökonomie und Profitmaximierung ausgerichtet. Selbst wenn sie öffentliche Kommunikationsprozesse ermöglichen, sind diese nicht systematisch an normative Standards demokratischer Öffentlichkeit gebunden – etwa Meinungsvielfalt, Zugänglichkeit, Fairness der Moderation oder Schutz vor Desinformation (Jarren, 2021; Neuberger, 2025).

Entsprechend ist zu bezweifeln, dass privatwirtschaftlich strukturierte Angebote ausreichend sind, um den normativen Erwartungen an einen demokratischen Dialog in einer digitalisierten Gesellschaft zu genügen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die in vielen Ländern gegenwärtig zu beobachtende Krise der Demokratie letztlich eine **Krise öffentlicher Kommunikation** ist (Bächtiger & Dryzek, 2025), die durch den mit Datafizierung, Algorithmisierung und Plattformisierung (Latzer, 2022) verbundenen digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit ausgelöst wurde (Eisenegger, 2021; Habermas, 2021).

Es ergibt sich der scheinbar paradoxe Befund, dass neue Intermediäre Dialog ermöglichen und vereinfachen und so für die Demokratie funktional sein könnten, auf der anderen Seite das Zustandekommen eines die Demokratie tragenden „gesellschaftlichen Gesprächs“ aufgrund von Struktur und Vermachtung der hybriden intermediären Öffentlichkeit eher voraussetzungsvoller wird.

Damit stellt sich auch die **Frage, wie diese Krise gelöst werden kann** – und welche Rolle gemeinwohlorientierte Angebote hierzu in der hybriden intermediären Öffentlichkeit übernehmen können und sollen. Während in einer massenmedial dominierten Öffentlichkeit Qualitätskontrolle und Kuration durch die Kontrolle über die Produktion publizistischer Angebote anhand journalistischer Qualitätsstandards möglich waren, ist dies in einer von neuen Intermediären geprägten Öffentlichkeit nicht länger ausreichend. Vielmehr rückt die Distribution, d. h. die algorithmische Zusammenstellung und KI-Generierung von Inhalten sowie die verwendete Infrastruktur, in den Fokus. Hierbei bietet sich die Chance, Algorithmen auch auf gemeinwohlorientierte Ziele wie Vielfalt oder epistemische Wohlfahrt zu optimieren (Heitz et al., 2022; Helberger et al., 2018; Hyzen et al., 2025; Sørensen & Hutchinson, 2018; Van den Bulck et al., 2025) und Alternativen zu kommerziellen Plattformen und KI-Agenten zu schaffen (Cammaerts & Mansell, 2020).



Bächtiger und Dryzek (2025) sehen die Lösung in mehr Deliberation, welche ermöglicht werden soll durch die Schaffung einer **robusten diskursiven Infrastruktur**, d. h. von niederschwellig zugänglichen Offline- und Onlinerräumen, in denen Bürger:innen miteinander in einen zivilen Dialog treten können, ergänzt um „diskursive Brücken“ zu Personen, die sich von Populismus und Autoritarismus angezogen fühlen und von traditionellen Medien und Parteien abgekoppelt haben. Folglich gilt es, die **hybride intermediäre Öffentlichkeit medienpolitisch so zu gestalten, dass sie Demokratie nachhaltig zu tragen vermag**. Deliberation ist mit den Mindestnormen Wahrheitigkeit (Bereitschaft zur Korrektur von Falschbehauptungen) und Zivilität (Bereitschaft zur Einbeziehung der anderen Seite) auch deutlich weniger anspruchsvoll zu verstehen, als dies häufig unterstellt wird (Bächtiger & Dryzek, 2025). Dies schließt harte Auseinandersetzungen keinesfalls aus. Auch müssen diese Normen nicht in jedem Raum rigoros umgesetzt werden, was auch mit der Meinungsäußerungsfreiheit nur schwer in Einklang zu bringen wäre. Für gemeinwohlorientierte Angebote hingegen könnten sie eine wichtige Richtschnur in der Moderation von Dialog spielen.

Hier besteht Handlungsbedarf, um die kommunikativen Grundlagen liberaler Demokratie zu sichern.

3 Ergebnisse

3.1 Rahmenbedingungen und Treiber der Entwicklung

Um mögliche Entwicklungen der hybriden intermediären Öffentlichkeit abschätzen zu können, wurden durch ein „Horizon Scanning“ Einflussfaktoren bestimmt, wobei sich zwischen stabilen Rahmenbedingungen (also Faktoren, die wahrscheinlich im Projektionszeitraum konstant bleiben und in Entwicklung aller Zukunftsbilder eingehen) und zentralen Treibern (also Faktoren, die potenziell starker Einfluss haben, aber deren Eintreten oder Stoßrichtung noch offen ist) unterscheiden lässt.

Als **stabile Rahmenbedingungen** einer hybriden intermediären Öffentlichkeit, in der verschiedene Formen der Öffentlichkeitsherstellung – publizistische Medien, Plattformen und zunehmend auch generative KI-Systeme – nicht nur nebeneinander existieren, sondern vielfältig miteinander verflochten sind, zählen erstens **ökonomische Faktoren**, namentlich die Konzentration von Marktmacht, die Kommerzialisierung der Öffentlichkeit und die Finanzierungskrise journalistisch tätiger Medien. Zweitens wird ein permanenter **Einfluss von Technologien** und ihrer Weiterentwicklung angenommen. Derzeit zählen hierzu insbesondere die Verbreitung synthetischer Medien, die Dominanz audiovisueller Inhalte, die zunehmende Automatisierung und der Einsatz von KI im Journalismus und die Normalisierung von Mensch-Maschinen-Interaktion. Und drittens wird unterstellt, dass die **Fragmentierung der Mediennutzung** bestehen bleibt, d.h. Menschen stellen ihr Kommunikationsmenü weiterhin aus einer Kombination unterschiedlicher Quellen zusammen, so dass unterschiedliche Medienrepertoires entstehen.

Als **zentrale Treiber** der Entwicklung gelten erstens **politische Dynamiken**, konkret: inwiefern es freiheitlichen Gesellschaften gelingen wird, die Demokratie gegen autokratische Tendenzen zu verteidigen, die von einigen Gründern, CEOs und Vorstandsvorsitzenden von Big-Tech-Unternehmen mit einem illiberalen und zuweilen quasi-religiösen Technologiefundamentalismus überhöht werden. Zweitens ist offen, inwiefern Medien über die Produktion publizistischer Inhalte hinaus einen **Funktionswandel** hin zur stärkeren Übernahme von Moderations- und Kurationsaufgaben übernehmen werden. Hierbei dürfte einerseits entscheidend sein, in welchem Maße Medienanbieter innovative Technologien adaptieren und ob es zu Kooperationen zwischen Akteuren der KI-, Plattform- und Medienwirtschaft kommt. Andererseits könnte die Arbeit an gemeinwohlorientierten Algorithmen und offenen Infrastrukturen auch in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aus den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Kultur erfolgen. Für beide Möglichkeiten können nationale oder supranationale Regulierungsmaßnahmen, etwa durch die Förderung oder Entwicklung alternativer Plattformstrukturen, als Treiber wirken. Mit Blick auf die Bürger:innen bestehen drittens **Potenziele veränderter Partizipationserwartungen**. So wäre denkbar, dass der Wunsch nach neuen Formen der Beteiligung an Dialog sich verstärkt -etwa die Möglichkeit, sich niederschwellig situativ in Prozesse „einklinken“ zu können, diese aber auch einfach wieder zu verlassen.



3.2 Zukunftsbilder

Darauf aufbauend wurden die **wichtigsten Treiber** mit jeweils zwei unterscheidbaren Ausprägungen ausgewählt:

- **professionelle Vision des Journalismus:** demokratisch-gemeinwohlorientiert vs. oligarchisch-autokratisch
- **Entwicklung Medien:** Inhaltsproduktion vs. Dialogorganisation
- **Beziehung Medien/Plattformen:** Kooperation vs. Konflikt

Die Gegenüberstellung dieser Ausprägungen diente dazu, unterschiedliche Zukunftsräume aufzuspannen, von denen einige ausgewählt und als **Zukunftsbilder** (Szenarien plausibler Zukünfte) weiter ausgearbeitet wurden.

Das **erste Zukunftsbild** mit dem Titel „offene, regulierte und inklusive Kommunikationsräume für einen respektvollen Dialog“ geht davon aus, dass Journalismus sich in auch künftig seinen zentralen Funktionen für die Demokratie verpflichtet sieht und eine nachhaltige Finanzierung möglich ist resp. mit entsprechenden medienpolitischen Maßnahmen unterstützt wird. Ebenso setzt die Medienpolitik auf eine Kombination aus Regulierung marktmächtiger Plattformen und der Schaffung alternativer Angebote in Form einer offenen Kommunikationsinfrastruktur. Auf dieser Infrastruktur findet ein professionell organisierter und moderierter Dialog innerhalb rechtlicher und ethischer Grenzen statt. Die Beteiligten übernehmen Eigenverantwortung für ihre Beiträge und – im Sinne von Partizipation – für die Infrastruktur.

Im **zweiten Zukunftsbild** namens „Kooperation zwischen Medien und Plattformen in gleichzeitiger Fragmentierung der Bedürfnisstruktur“ übernehmen Plattformen die Verantwortung für die technische Infrastruktur und besitzen so auch Gestaltungsmacht, während Medien kuratierte journalistische Inhalte von Relevanz beisteuern, die sich an fragmentierte Communities mit unterschiedlichen Bedürfnisstrukturen richten. In diesem Bild wird davon ausgegangen, dass sich der fundamentale Konflikt zwischen Technologieunternehmen und Unternehmen der Medienbranche jedenfalls grundsätzlich zugunsten unterschiedlicher Formen der Kooperation abschwächen wird. Diese Zukunft ermöglicht Innovation und eine feingliederige Orientierung an unterschiedlichen Bedürfnissen, ihr ist aber auch das Risiko einer Polarisierung inhärent, wobei die Ausgangslage im Hinblick auf Polarisierung in Ländern wie Deutschland sich – anders als gelegentlich politisch diskutiert – von der etwa in den USA deutlich unterscheidet (siehe etwa Mau et al., 2023).

Die beiden Zukunftsbilder weisen bezüglich der als relevant erachteten Einflussfaktoren und Treiber viele Gemeinsamkeiten auf. Sie unterscheiden sich in erster Linie darin, wie stark sie die Zusammenarbeit von Medien mit Plattformen und KI-Unternehmen resp. den Einfluss von Regulierung gewichten.

3.3 Dialogformate

Anhand dieser beiden Zukunftsbilder wurden **kommunikative Bedürfnisse von Personas** herausgearbeitet und entsprechende Anforderungen an Dialogformate abgeleitet. Personas sind fiktive, aber realitätsnahe Nutzer:innenprofile, die typische Bedürfnisse, Ziele und Verhaltensweisen einer Zielgruppe bündeln und dabei unterschiedliche Rollen berücksichtigen (bspw. als Arbeitnehmerin, als Erziehungsberechtigte, als Bürgerin).

Exemplarisch wurde ein **mögliches Dialogformat** vertieft. Dieses basiert auf dem Aufbau vernetzter und plattformübergreifender Diskussionsräume, in denen journalistische Redaktion, technologische Tools und zivilgesellschaftliche Beteiligung eng zusammenwirken.

- Ausgangspunkt ist ein kontinuierliches **Monitoring öffentlicher Debatten**, um Beiträge aus Communities als Input für die journalistische Arbeit – sowohl die Produktion publizistischer Inhalte als auch die Organisation von Dialog – aufzugreifen. Hierzu gilt es, Social-Media-Plattformen, Foren und klassische Medien, unterstützt durch KI-gestützte Themenanalysen und redaktionelle Bewertung zu beobachten.
- Auf dieser Grundlage entstehen „**Themen-Inkubatoren**“ oder „**Public Issue Desks**“, an denen gesellschaftlich relevante, polarisierende oder noch unzureichend diskutierte Fragen identifiziert, journalistisch bearbeitet und gezielt in moderierten Themenforen aufgegriffen werden – etwa zu Klimaschutz, Digitalisierung oder Gesundheit. Die Partizipation der Bürger:innen an der Auswahl der Themen eröffnet neue Möglichkeiten, indem sie Bürger:innen strukturell und transparent in die Themenfindung einbeziehen. Dies ermöglicht eine „demokratischere“ Themenauswahl und reduziert top-down gesteuerte Debatten, da Journalismus weniger als Agenda-Setter, sondern stärker als moderierende Instanz gesellschaftlicher Diskurse agiert.
- Bürger:innen können in den plattformübergreifenden **Diskussionsräumen** niederschwellig Erfahrungen und Fragen einbringen, während Expert:innen Fakten und Kontext liefern und Moderator:innen den Austausch strukturieren.
- Redaktionelle Teams **bereiten die Inhalte journalistisch auf**, verknüpfen sie mit anderen Debatten und schaffen daraus Beiträge für TV, Radio oder Online-Formate.
- Die Foren bleiben als Wissensräume archiviert, werden regelmäßig evaluiert und an das Feedback der Community angepasst – so entsteht ein **lernendes System**, das öffentliche Diskussionen nicht nur abbildet, sondern aktiv fördert und weiterentwickelt.

Diese Diskussionsräume bestehen aus einem zentralen, werbefreien und moderierten Hub auf einer gemeinwohlorientierten Infrastruktur, der durch „Satelliten“ auf (kommerziellen) Social-Media-Plattformen ergänzt wird. Die fortschreitende Echtzeit-Sprachübersetzung eröffnet zudem neue Potenziale für sprachraumübergreifende Medienmärkte und die Erschließung grenzüberschreitender Kommunikationsräume.



Um die Dialogformate greifbar zu machen, wird hier der exemplarische Tagesablauf der Persona „Maya“ geschildert, (45 Jahre alt, blind, Mutter, IT-Expertin, Hobby Reisen, kann sich sogar vorstellen, im Ausland zu leben):

10:45 Uhr Maya erhält eine sprachgesteuerte Nachricht von ihrem persönlichen KI-Agenten: Bei einem ihrer Kinder fällt der Unterricht aus. Gleichzeitig schlägt die Diskussions-Plattform über ein Voice-Interface oder Screenreader-kompatible Benachrichtigung ein Forum für alle betroffenen Eltern vor, um gemeinsam zu diskutieren, wie man mit dem Unterrichtsausfall umgehen kann. Maya wird eingeladen und stimmt über Sprachbefehl zu.

12:00 Uhr Das Forum öffnet sich. Maya nimmt teil. Ein KI-Bot moderiert das Forum, liest Beiträge vor, fasst zusammen und schlägt Lösungen vor (z. B. Lerngruppen, digitale Lernangebote, Freizeitgestaltung). Maya interagiert per Spracheingabe und Tastenkombinationen. Sie ist erleichtert, weil die Diskussion strukturiert und praxisnah ist.

Einen Tag später Maya erhält eine Einladung zu einer Online-Veranstaltung zum Thema Unterrichtsausfall. Ein PSM-Anbieter startet ein ad-hoc Forum, da er durch Themen-Monitoring gesehen hat, dass sich viele lokale Hilfe-Foren geöffnet haben. Sie meldet sich über barrierefreie Formate an.

Zwei Tage später Die Agora startet das Forum. Maya wird ausgewählt, ihr Problem und ihre Erfahrungen zu schildern. Vorab erhält sie hintergrundreiche Audio-Informationen, z. B. über steigende Unterrichtsausfälle in ihrem Bundesland. Neben Maya sind Schulpolitiker:innen und Expert:innen eingeladen. Die Diskussion läuft über barrierefreie Video- und Audioformate, ergänzt durch Screenreader-kompatible Dokumente.

Gemeinsam werden Tipps erarbeitet, wie Unterrichtsausfälle künftig vermieden werden können. Die verantwortliche Schulpolitikerin weicht aus. Daran gibt es harsche Kritik, die aber im Kern sachlich bleibt, da teilnehmende durch Chatbots auf problematische Äußerungen hingewiesen werden, bevor sie für alle sichtbar werden. Am Ende gibt es klare Forderungen an die Politik und die Ankündigung, in zwei Monaten ein weiteres Forum zu organisieren, um Fortschritte zu prüfen.

Während des Online-Forums Maya bekommt Hinweise auf weitere barrierefreie Angebote des PSM-Anbieters, meldet sich per Sprachbefehl an.

Drei Tage später Ihr KI-Agent informiert sie: Es gibt einen Erfahrungsaustausch aus Kanada zum Thema Auswanderung. Das interessiert Maya, und sie plant die Teilnahme.

3.4 Dialogfunktion von PSM

3.4.1 Bereitstellung von Dialogformaten

Die Organisation von Dialog ist bereits Bestandteil traditioneller journalistischer Formate, etwa von Talkshows. Im Zuge der Digitalisierung, der dadurch erweiterten Möglichkeiten für Nutzer:innen Feedback zu geben (Loosen, 2023), sowie der zunehmenden Bedeutung sozialer Medien haben sich Praxis und Forschung verstärkt mit einer Erweiterung des journalistischen Handlungsraums in Richtung der Organisation von Dialog befasst. Dies fordert zugleich die tradierte, primär auf den Modus des Publizierens fokussierte Rolle des Journalismus heraus (Neuberger, 2024).

Zur Konkretisierung, wie solche an publizistische Leistungen gekoppelte Dialogformate von PSM-Organisationen implementiert werden könnten, wurde ein **Modell** entwickelt, das einerseits zwischen verschiedenen Rollen der Nutzer:innen und andererseits zwischen verschiedenen Stufen entlang der Wertschöpfungskette unterscheidet (siehe Tabelle 1):

- **Beteiligungsrollen der Nutzer:innen:** Nutzer:innen können ganz unterschiedliche Rollen einnehmen. Sie können publizistische Inhalte rezipieren und dadurch Dialog beobachten; sie können sich aber auch aktiv an (Anschluss-)Dialog über publizistische Inhalte beteiligen oder diesen wiederum beobachten; und sie können an der Gestaltung des Dialogs (Entwicklung und Durchsetzung von Kommunikationsregeln bezüglich Zugang, Inhalten, Handeln) eigenverantwortlich mitwirken.
- **Wertschöpfungskette:** PSM-Organisationen übernehmen dialogrelevante Aufgaben entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Sie beobachten Communities und deren Dialog, um Themen für die Inhaltsproduktion zu finden; sie produzieren entsprechende publizistische Inhalte; sie stellen Dialogformate bereit, die einen Austausch über die in den publizistischen Inhalten behandelten Themen erlauben; und sie moderieren diesen Dialog auch mit.

Tabelle 1: Dialog-relevante Rollen von Nutzer:innen und PSM

	Themen-sammlung	Publizistische Inhalte	Dialogformate	Gestaltung
PSM-Organisation	Monitoring Debatten	Produktion Distribution	Bereitstellung Beteiligung Moderation	Design Infrastruktur Design Regeln
Nutzer:innen	Beobachtung aktive Teilnahme	Partizipation Themenauswahl Rezeption	Beobachtung Anschlussdialog aktive Teilnahme Anschlussdialog	Partizipation an Design & Kommunikationsregeln

Quelle: Eigene Darstellung



PSM verfügen über besondere Voraussetzungen, um im digitalen Raum Kommunikationsangebote zu schaffen, die demokratischen Dialog unterstützen und zugleich normativen Ansprüchen an Gemeinwohlorientierung, Transparenz und Inklusion gerecht werden. Durch ihre institutionelle Verankerung und einen öffentlichen, gemeinwohlorientierten Auftrag können sie einen Kommunikationsraum bereitstellen, der nicht den Logiken von Aufmerksamkeit und Profit, sondern den Prinzipien von Verlässlichkeit, Vielfalt und Partizipation folgt (zum Gemeinwohl in diesem Kontext vgl. Neuberger, 2024). Redaktionsgeleitete Moderation, klare Kommunikationsregeln und transparente Verfahren zur Themenauswahl schaffen dabei Bedingungen für faire und respektvolle Diskussionen. Wenn PSM den digitalen Raum nicht bloß als Kanal der Distribution eigener Inhalte, sondern als Ort des gemeinsamen Aushandelns verstehen, können sie einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung demokratischer Öffentlichkeit leisten – als Vermittler, Moderator und Garant einer offenen, pluralistischen Kommunikationskultur.

Diese Überlegungen sind anschlussfähig an eine aktuelle Studie zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt, die PSM drei Funktionen zuschreibt (ARD, ZDF & Deutschlandradio, 2025):

- **Synchronisierung** beschreibt die Fähigkeit von PSM, gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf gemeinsam geteilte Themen, Ereignisse und Problemlagen zu lenken. Während Plattformen Inhalte entlang individueller Präferenzen und ökonomischer Interessen personalisieren und damit gemeinsam geteilte Bezugspunkte zunehmend erodieren, schaffen PSM kollektive Wahrnehmungshorizonte.
- **Repräsentation** bedeutet, dass PSM gesellschaftliche Vielfalt sichtbar machen und damit zu Anerkennung, Inklusion und demokratischer Selbstvergewisserung beitragen. Sie gewährleisten, dass unterschiedliche soziale Gruppen, Weltanschauungen und Interessen in der Öffentlichkeit präsent sind - auch solche, die in kommerziellen Plattformumgebungen wenig Sichtbarkeit erhalten.
- **Bereitstellung von Kommunikationsräumen und -prozessen** bezieht sich darauf, dass PSM öffentliche Foren schaffen, in denen Argumente geprüft, Konflikte moderiert und gemeinsame Lösungen diskutiert werden können – und dies unter Bedingungen journalistischer Professionalität, redaktioneller Verantwortung und normativer Orientierung, die die Moderation prägen und demokratiefreundliche Debattenräume möglich machen, in denen auch Grenzen des Sagbaren definiert werden können. Anders als digitale Plattformen, deren Interaktionsarchitekturen häufig polarisierende Dynamiken begünstigen, stellen PSM-Strukturen bereit, die auf Transparenz, Fairness und Inklusion ausgelegt sind.

Diese drei Funktionen sind auch zentral für die Ermöglichung demokratischen Dialogs in der hybriden intermediären Öffentlichkeit:

- Die durch die Synchronisierung geteilten Wissensbestände bilden eine Voraussetzung dafür, dass gesellschaftliche Akteur:innen in einen dialogischen Austausch treten sowie Verständigungs- und Aushandlungsprozesse überhaupt erst stattfinden können.
- Für demokratischen Dialog ist Repräsentation relevant, da eine kommunikative Grundlage, auf der unterschiedliche Perspektiven wechselseitig wahrgenommen und verhandelt werden können nur entsteht, wenn Menschen sich selbst und andere in medialen Räumen repräsentiert finden.

- Mit der Bereitstellung von Kommunikationsräumen und -prozessen wird ein Beitrag dazu geleistet, dialogische Prozesse zu stabilisieren und demokratische Kommunikationsnormen in einer digitalisierten Umgebung zu sichern.

Diese Funktionen gewinnen vor allem vor dem Hintergrund einer Kommunikationsordnung an Bedeutung, in der algorithmische Selektion, plattformökonomische Logiken und fragmentierte Öffentlichkeiten die Bedingungen gesellschaftlicher Verständigung tiefgreifend verändern.

Die im [Anhang 4](#) skizzierte Typologie zeigt, wie PSM dialogorientierte Aufgaben in verschiedenen Formaten und Beteiligungsdimensionen umsetzen können. Sie bietet eine systematische Orientierung dafür, wie PSM Dialog in einer digital fragmentierten Öffentlichkeit ermöglichen und stärken können.

3.4.2 Bereitstellung von Infrastruktur für Dialog

Die Frage, inwieweit es sinnvoll erscheint, technische Plattformen und Infrastrukturen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft zu etablieren, stellt eine eigenständige Debatte dar, die hier nicht weitergeführt werden soll. Im vorliegenden Zusammenhang geht es vielmehr darum, zu klären, welche infrastrukturellen Voraussetzungen für die Erfüllung der Dialogfunktion im hier verstandenen Sinne erforderlich sind. Dazu kann – je nach Ausgestaltung – auch der Betrieb eigener Infrastrukturen zählen.

Die für solche Dialogformate betriebene **Infrastruktur für Dialog** könnte, wenn sie selbst betrieben wird, **auch Dritten zur Verfügung gestellt werden**, beispielsweise anderen gemeinwohlorientierten Medien, privaten Medien sowie Institutionen aus den Bereichen Bildung, Kultur und Wissenschaft. Denkbar wäre auch die Nutzung durch zivilgesellschaftliche Organisationen und Kommunen. Diese Akteure könnten ihre eigenen Inhalte einstellen und Dialog darüber organisieren. Sinnvoll kann es dazu auch sein, auch dort, wo externe Plattformen genutzt werden, die Angebote über offene Protokolle und APIs an dezentrale Social-Media-Infrastruktur anschlussfähig machen.

Eine marktliche Lösung hierfür ist angesichts der ökonomischen Besonderheiten von Informations- und Infrastrukturgütern nur schwer vorstellbar. Allerdings muss auch **nicht zwingend eine bestehende PSM-Organisation** für die Bereitstellung zuständig sein. Denkbar ist beispielsweise die Neugründung einer hierfür zuständigen gemeinwohlorientierten Anbieterin oder Public-Service-Organisation. Ideen für eine gemeinwohlorientierte Alternative für zivilen Dialog werden auch unter Stichworten wie „Public Open Space“ (Dobusch, 2018) oder „Digital Open Public Space“ (Dogruel et al., 2025) diskutiert; zudem kooperieren mehrere PSM-Organisationen in Rahmen des „Public Spaces Incubator“, um entsprechende Ideen umzusetzen. Dadurch können PSM einen Beitrag dazu leisten, die Potenziale der „digitalen Dreifaltigkeit“ (Latzer, 2022) bestehend aus Datafizierung, Algorithmisierung und Plattformisierung zu realisieren.



4 Medienpolitische Handlungsvorschläge

Eine Analyse der Umsetzbarkeit der in den Szenarien entwickelten Vorstellungen müsste eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigen, insbesondere ökonomische Aspekte im Hinblick auf das Wettbewerbsumfeld, aber auch technologische Bedingungen sowie Fragen der allgemeinen Akzeptanz und ihrer Entwicklung gegenüber Public-Service-Angeboten, Medien insgesamt und spezifischen Formaten. Im Folgenden konzentrieren wir uns daher auf medienpolitische Handlungsvorschläge, die kurzfristig umsetzbar erscheinen, sowie auf Empfehlungen an die unmittelbar adressierten Akteure.

4.1 Von einer Abbaudiskussion zu einer proaktiven Medienpolitik

Soweit davon ausgegangen wird, dass Angebote kommerzieller Plattformen die normativen Erwartungen an demokratischen Dialog nicht vollständig erfüllen können, so braucht es gemeinwohlorientierte Ergänzungen oder sogar Alternativen. Es liegt nahe, dabei erst mal auszuloten, welches Potenzial die aktuell bestehenden PSM haben.

In medienpolitischen Diskussionen fehlen zumeist Vorstellungen darüber, welche Leistungen eine digitalisierte Öffentlichkeit von klassischen Medien und neuen Intermediären benötigt. Vorschläge für eine gemeinwohlorientierte Ergänzung sind rar. Und über die künftige Rolle von PSM – seien es bestehende oder neue – wird kaum gesprochen, sondern es werden in erster Linie Abbaudiskussionen geführt: Im Vordergrund stehen eine Kürzung der Mittel und Beschränkungen im Onlinebereich. Europaweit befinden sich PSM in der Defensive (Puppis, 2023).

Auf der einen Seite kritisieren private Medienunternehmen die PSM-Onlineangebote und fordern die Medienpolitik auf, Beschränkungen zu erlassen. Allerdings wurde bisher von keiner Studie ein „Crowding out“ privater Anbieter und ein negativer Einfluss auf die Zahlungsbereitschaft der Nutzer:innen nachgewiesen (Fletcher & Nielsen, 2017; Puppis et al., 2025; Sehl et al., 2020). Auf der anderen Seite nimmt der Druck auf PSM auch aus der Politik zu. Libertäre Kreise, die entgegen der medienökonomischen Realität PSM in einer digitalen Welt für unnötig befinden und Marktlösungen propagieren, treffen sich hier mit (rechts-)populistische Parteien, welche das unabhängige und pluralistische publizistische PSM-Angebot bekämpfen (Holtz-Bacha, 2021).

Doch um den Herausforderungen einer hybriden intermediären Öffentlichkeit für den Dialog in demokratischen Gesellschaften begegnen zu können, braucht es ein **öffentliches, an den demokratischen Bedürfnissen orientiertes Angebot**. Ein solches kann – wie oben diskutiert – zwei Komponenten umfassen: **Neue Dialogformate** (organisierter Dialog über publizistische Inhalte von PSM) und eine **Infrastruktur für Dialog**, die auch andere Anbieter:innen von Inhalten (private Medien; Kultur- und Bildungsinstitutionen) nutzen können. Dabei müssen die beiden Komponenten nicht zwingend auf die gleiche Weise institutionalisiert werden.

Hinsichtlich des Beitrags von PSM zur Unterstützung von Dialog in demokratischen Gesellschaften lassen sich aus dem Projekt folgende Impulse ableiten:

1

Produktion und Distribution eigener publizistischer Inhalte

- Inhalte, die der Beobachtung von Dialog dienen und Dialog initiieren
- Broadcast (linear) und Broadband (on demand und algorithmisch personalisiert)

2

Organisation vernetzter und plattformübergreifender Diskussionsräume

- Issue-Monitoring öffentlicher Debatten, journalistische Bearbeitung der Themen, Bereitstellung von Dialogformaten und Moderation des Dialogs
- Nutzer:innen können Inhalte rezipieren, sich an (Anschluss-)Dialog beteiligen oder diesen beobachten und Kommunikationsregeln für Dialog mitgestalten

3

Bereitstellung von Infrastruktur für Dialog

- für private Medien, Kultur-/Bildungsinstitutionen und Zivilgesellschaft
- durch bestehende PSM-Organisation oder neue Anbieter:innen

Die dargestellten Dialogformate und Ideen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr sind sie als Beispiele zu verstehen, die eine Projektionsfläche für mittel- und langfristige medienpolitische Diskussionen und Strategieentwicklungsprozesse offerieren.

4.2 Konkrete Empfehlungen

Neben Inspiration für die mittel- und langfristige Weiterentwicklung von PSM lassen sich aus den Ergebnissen aber auch die kurzfristige Empfehlung an die Medienpolitik ableiten, von PSM das Nachdenken über die eigene Rolle für den gesellschaftlichen Dialog einzufordern und in der Folge dann auch umzusetzen. Dabei fokussieren die folgenden Überlegungen auf Deutschland und die Schweiz. Diese Länderauswahl kann mit Typologien von politischen Systemen und Mediensystemen begründet werden. Beide Länder werden zu den **föderalistischen Konsensdemokratien** (Lijphart, 2012) gezählt und haben **demokratisch-korporatistische Mediensysteme** (Hallin & Mancini, 2004). In Ländern mit diesen Strukturmerkmalen konnte eine höhere deliberative Qualität nachgewiesen werden, womit bessere Voraussetzungen für die Sicherstellung einer diskursiven Infrastruktur bestehen (Bächtiger & Dryzek, 2025). Ebenso dürften diese Länder sich durch ein geringeres Maß an Polarisierung auszeichnen (Mau et al., 2023). Weitere Länder würden diese Merkmale ebenfalls erfüllen. Für Deutschland und die Schweiz spricht zudem, dass die Autor:innen dort auf einer fundierten Kenntnis der jeweiligen Mediensysteme aufbauen können, um wissenschaftlich erarbeitetes Wissen gezielt in den Dialog mit Politik und Zivilgesellschaft einfließen zu lassen.



4.2.1 Deutschland

In Deutschland bieten Medienpolitik und -recht **heute bereits Anknüpfungspunkte**, die die aktuelle und künftige Bedeutung von Dialog erkennen.

§ 26a Abs. 2 MStV sieht bereits heute einen „Gesellschaftsdialog“ vor. Gemeint ist damit aber der Austausch zwischen PSM und der Gesellschaft zum Programm, also etwa Publikumsbefragungen, nicht eine Rolle von PSM bei der Organisation von gesellschaftlichem Dialog. Etwas weiter geht schon § 26 Abs. 3 MStV, der die Anstalten auffordert, Interaktion mit dem und Partizipation des Publikums ausbauen. Als Teil der zentralen Auftragsnorm kann (und, da es sich um eine Betrauung handelt, muss) er als Grundlage für neue Dialogformate genutzt werden, die folglich Teil des Auftrages sind, der funktionsgerecht zu finanzieren ist.

Was jedoch derzeit im Auftrag weitestgehend fehlt, ist die dargestellte, neue Verantwortung der PSM für den gesellschaftlichen Dialog selbst. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt liefern Anregungen dafür, wie ein solcher Dialog aussehen kann. Zudem knüpfen sie an bestehende medienpolitische Debatten an, etwa Vorschläge für einen „Digital Open Public Space“ (Dogruel et al., 2025).

An vielen Stellen im öffentlich-rechtlichen System wird bereits mit neuen Dialogformaten experimentiert – beispielsweise der „Public Spaces Incubator“ oder die Initiative des Hessischen Rundfunks „Weil Hessen mehr verbindet“. Die Verantwortlichen aller Anstalten können Ergebnisse der Zukunftswerkstatt aufnehmen. Der Gesetzgeber motiviert die Anstalten in § 26a Abs. 1 MStV zu einer kontinuierlichen Angebotsinnovation auch unter Einbeziehung externer Partner, was ebenso zivilgesellschaftliche Gruppen wie auch private Unternehmen sein können.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt das Projekt ein zweistufiges Vorgehen.

Kurzfristig wird eine Ergänzung von § 26a MStV vorgeschlagen, um die Entwicklung von Formaten über den Austausch mit den Nutzenden über das allgemeine Angebot hinaus voranzutreiben:



(5) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erarbeiten ein Konzept zur Weiterentwicklung ihrer Rolle für den gesellschaftlichen Dialog. Im Mittelpunkt stehen die kommunikativen Bedürfnisse der Bevölkerung in einer demokratischen Gesellschaft. Das Konzept ist bis zum 30. Juni 2027 den zuständigen Gremien vorzulegen und anschließend zu veröffentlichen. Die praktische Umsetzung und Weiterentwicklung sind in den Qualitätsberichten nachvollziehbar darzustellen.



Weitere Schritte hängen von mehreren grundlegenden Vorentscheidungen ab. Auch wenn die bestehende Forschung Zweifel an einer marktlichen Erbringung dialogrelevanter Angebote nährt, so klärt das Projekt weder abschließend die Frage, inwieweit eine gesellschaftlich organisierte und finanzierte Angebotserstellung sinnvoll ist, noch – falls dies bejaht wird – welche Organisation sie erbringen sollte. Die bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten sind dabei sicher eine Option. Diese beiden Schritte wären nachgelagert zu prüfen. Ebenso stellen sich beihilferechtliche Fragen, wenn solche Angebote aus öffentlichen Mitteln wie dem Rundfunkbeitrag finanziert werden. Zu prüfen ist, inwieweit der Auftrag von PSM eine ausreichende Grundlage bietet oder ob Anpassungen nötig sind, um Wettbewerbsneutralität und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Läuft es auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten hinaus, wäre eine **Ergänzung der Auftragsnormen** denkbar; dies wäre im Zusammenspiel mit dem Innovationsauftrag in § 26a Absatz 1 MStV sowie den bestehenden Kooperationsmöglichkeiten, etwa mit Verlagen, zu denken.

Neben den Vorgaben in § 26a MStV eröffnen die **Regelungen zum gemeinsamen technischen Plattformsystem** in § 30f MStV Ansatzpunkte für eine Rolle öffentlich-rechtlicher Anstalten in der Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur, die über einzelne Dialogformate hinausgeht. Die gesetzlich vorgesehene gemeinsame Plattformstrategie sowie der Aufbau einer rechtlich selbstständigen technischen Trägerstruktur deuten darauf hin, dass PSM künftig verstärkt als Gewährleister eines digitalen öffentlichen Raums agieren könnten, in dem dialogische, partizipative und interaktive Kommunikationsformen ermöglicht werden.

Die in § 30f Abs. 3 MStV angelegte **Vernetzung mit anderen europäischen PSM-Organisationen** sowie die Möglichkeit, das gemeinsame technische Plattformsystem perspektivisch auch für Inhalte anderer Akteure zu öffnen, erlauben Szenarien, in denen die deutschen öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht nur selbst Angebote produzieren und Dialogformate bereitstellen, sondern in denen sie die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für gesellschaftlichen Dialog bereitstellen. Inhalte und Beiträge Dritter – etwa aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur oder Bildung – könnten nicht im Sinne redaktioneller Gleichstellung, sondern über klar definierte Schnittstellen, Zugangsregeln und Verantwortlichkeiten in eine diese öffentlich verantwortete Infrastruktur eingebettet, sichtbar gemacht und miteinander verknüpft werden. Der in § 26 Abs. 3 MStV angelegte Auftrag zur Förderung von Interaktion und Partizipation ließe sich so weiter konkretisieren und mit der Debatte um einen „Digital Open Public Space“ verbinden, in dem gesellschaftlicher Dialog als dauerhafte, institutionell und im Sinne des Gemeinwohls abgesicherte Aufgabe verstanden wird.

Akteure der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft können zur Umsetzung beitragen, etwa als Kooperationspartner, durch kritische Reflexionen sowie durch die Entwicklung von Formatideen und die Formulierung konkreter normativer Erwartungen.



4.2.2 Schweiz

In der Schweiz hat der von der SRG bereitgestellte mediale Service public begonnen, verstärkt eine Dialogfunktion zu erfüllen. Mit „SRG Dialog“ wurde eine alle Sprachregionen umfassende Debattenplattform eingerichtet, auf die Nutzer:innen sich nicht nur an moderierten Debatten über gesellschaftliche Themen beteiligen, sondern auch selbst Themenvorschläge machen können. Debatten innerhalb der mehrsprachigen User Community bietet auch das Auslandsangebot „Swissinfo“. Zudem ist die SRG am Projekt „Public Spaces Incubator“ beteiligt.

In der Medienpolitik hingegen ist dies noch kaum ein Thema. Die anstehenden Arbeiten an einer **neuen Konzession der SRG SSR**, die auf Anfang 2029 in Kraft treten soll, bietet die Chance, den medialen Service public weiterzuentwickeln und Dialogfunktionen im Auftrag zu verankern.

Während die bestehende Konzession den publizistischen Leistungsauftrag bereits sehr detailliert ausführt (Art. 6-15) und hohe Standards bezüglich Qualitätssicherung, Dialog mit der Öffentlichkeit über eigene Leistung und Rechenschaftspflichten setzt (Art. 4, 5 & 11 Abs. 2), ist Dialog bisher nur im Sinne des Dialogs des Service public mit seinen Nutzer:innen gemeint. Dieser Verpflichtung versucht die SRG mit ihren Public-Value-Aktivitäten nachzukommen. Zudem sind die Vorgaben in der Konzession zu den eigentlichen Angeboten (insbesondere zur Anzahl linearer Programme) immer noch stark im Rundfunkzeitalter verhaftet geblieben.

Im Zuge der Neukonzessionierung würde es sich erstens anbieten, die **Vorgaben zur Erbringung des publizistischen Angebots technologieneutral** zu formulieren, anstatt eine feste Anzahl von linearen Radio- und Fernsehsendern vorzuschreiben. Damit entstünde mehr Flexibilität, um insbesondere das audiovisuelle Angebot an die Nutzungsrealität anzupassen und vermehrt nicht-linear und via Broadband statt Broadcast anzubieten (Streaming; On-Demand).

Zweitens könnten **digitale Dialogformate in der neuen Konzession explizit ermöglicht** resp. die SRG zur Ausarbeitung eines entsprechenden Konzepts und zu dessen Umsetzung verpflichtet werden. Die Erkenntnisse aus dieser Zukunftswerkstatt könnten hierfür Inspiration bieten. Gefäße, die für den bereits vorgeschriebenen Dialog mit der Öffentlichkeit zum Einsatz kommen, könnten genauso wie die SRG-Trägerschaft genutzt werden, um Nutzer:innen wie Zivilgesellschaft an diesen Diskussionen zu beteiligen.

5 Konklusion

In einer von Datafizierung, Algorithmisierung und Plattformisierung geprägten hybriden intermediären Öffentlichkeit haben sich die Bedingungen, unter denen Dialog stattfindet, grundlegend verändert. Machtverschiebungen zwischen Medien und neuen Intermediären in der Öffentlichkeit führen zu Unsicherheiten und Fragilitäten. Umso dringlicher ist es, Öffentlichkeit mit Medienpolitik so zu gestalten, dass diese Demokratie nachhaltig zu tragen vermag. Doch in medienpolitischen Diskussionen fehlen oftmals Vorstellungen darüber, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Ein gangbarer Weg scheint die **Schaffung einer diskurs-orientierten Infrastruktur**, zu der gemeinwohlorientierte Medien einen zentralen Beitrag leisten können. Der vorliegende Bericht soll Inspiration für Medienpolitik und Medienpraxis bieten, wie PSM vermehrt eine Dialogfunktion in der Öffentlichkeit wahrnehmen können.

Für eine ernsthafte Diskussion dieser Ideen – ganz zu schweigen von ihrer Umsetzung – müssen aber zahlreiche Hürden überwunden werden. Zuerst braucht es für eine **Ergänzung des Auftrags** politische Mehrheiten. Dies dürfte dadurch erschwert werden, dass auch private Medienakteure, insbesondere Verlage, zunehmend die Bedeutung dialogorientierter Formate erkennen und entsprechende Angebote ausbauen. Im Falle Deutschlands ist die nach den Grundsätzen der Medienordnung kein Ausschlusskriterium für öffentlich-rechtliche Aktivitäten, sofern diese einen kommunikativen Mehrwert bieten. Kooperationen könnten einen Weg darstellen, das System so weiterzuentwickeln, dass alle profitieren. Der Betrieb einer gemeinwohlorientierten Infrastruktur für Dialog würde auch für private Medien einen deutlichen Mehrwert bieten, was zur Auflösung verhärteter medienpolitischer Fronten beitragen könnte.

Weiter müssen grundlegende **ökonomischen Fragen** sowie die **Akzeptanz** eines gemeinwohlorientierten Angebotes mitgedacht werden. Auch deshalb dürfen diese medienpolitischen Diskussionen über die gemeinwohlorientierte Gestaltung demokratischer Öffentlichkeit und neue Dialogformate nicht top-down geführt werden. Medienpolitik ist traditionell ein **vermachtetes Politikfeld**, in welchem vor allem Medienunternehmen und Parteien tonangebend sind. Doch genauso wie die in diesem Bericht erarbeiteten Dialogformate und deren Gestaltung auf eine Beteiligung der Nutzer:innen setzen, muss auch die Diskussion über wünschbare Zukünfte **partizipativ und inklusiv** stattfinden. Nur wenn Bürger:innen und zivilgesellschaftliche Akteure von Beginn weg einbezogen werden und ihr Einsatz für eine funktionierende Öffentlichkeit unterstützt wird, kann eine robuste diskursive Infrastruktur für Dialog entstehen.

Das Organisieren von Dialog als Teil journalistischer Arbeit – sei es in privatwirtschaftlichen oder öffentlichen resp. öffentlich-rechtlichen Medien – ist grundsätzlich nichts Neues, wie bereits etablierte Formate wie die Talkshow zeigen. Neu ist jedoch die Notwendigkeit, diese Praxis in Richtung von Formaten weiterzuentwickeln, die hybriden intermediären Öffentlichkeiten gerecht werden. Aktuelle Diskussionen in Theorie und Praxis machen deutlich, dass damit grundlegende Fragen nach der Funktion journalistischer Angebote berührt werden. Dies zeigt sich etwa in der Debatte um den sogenannten konstruktiven Journalismus, die in diesem Zusammenhang durchaus kontrovers geführt wird. Hier kommt auch der Wissenschaft eine Aufgabe zu, die Entwicklung weiter zu reflektieren und Angebote für neue Rollenmuster auszuarbeiten.



Literatur

- ARD, ZDF, & Deutschlandradio. (2025). *Zusammenhaltsstudie. Was die Gesellschaft zusammenhält und was öffentlich-rechtliche Medien dazu beitragen*. <https://www.ard-zdf-deutschlandradio-zusammenhaltsstudie.de/>
- Bächtiger, A., & Dryzek, J. S. (2025). Deliberating with Diablo: How to Confront the Crisis of Political Communication and Help Save Democracy. *Political Studies Review*, online first. <https://doi.org/10.1177/14789299251395517>
- Beck, K., & Donges, P. (2020). Vermittlung: Begriffe und Modelle für die Kommunikationswissenschaft. In O. Jarren & C. Neuberger (Eds.), *Gesellschaftliche Vermittlung in der Krise: Medien und Plattformen als Intermediäre* (pp. 21–50). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748909729-21>
- Bruns, A. (2017). Making audience engagement visible: Publics for journalism on social media platforms. In B. Franklin & S. Eldridge II (Eds.), *The Routledge companion to digital journalism studies* (pp. 325–334). Routledge.
- Cammaerts, B., & Mansell, R. (2020). Digital Platform Policy and Regulation: Toward a Radical Democratic Turn. *International Journal of Communication*, 14, 135–154.
- Dobusch, L. (2018). Demokratisch-mediale Öffentlichkeiten im Zeitalter digitaler Plattformen. In K. Mitschka & K. Unterberger (Eds.), *Public Open Space. Zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medien* (pp. 308–312). facultas. https://zukunft.orf.at/rte/upload/texte/2018/public_open_space_copyright_facultas.pdf
- Dogruel, L., de la Durantaye, K., Elmer, C., Gostomzyk, T., & Lobigs, F. (2025). *Potenzialanalyse: Perspektiven für Digitalen Public Value im ZDF*. <https://www.zdf.de/assets/potenzialanalyse-digitaler-public-value-im-zdf-102~original?cb=1762164936220>
- Dürscheid, C. (2018). Die personale Kommunikation im Internet – (K)ein Dialog. In E. J. Bauer (Ed.), *Das Dialogische Prinzip – Aktualität über 100 Jahre* (pp. 29–53). Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Eisenegger, M. (2021). Dritter, digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit als Folge der Plattformisierung. In M. Eisenegger, M. Prinzing, P. Ettinger, & R. Blum (Eds.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen* (pp. 17–39). Springer.
- Elter, A. (2013). Interaktion und Dialog? Eine quantitative Inhaltsanalyse der Aktivitäten deutscher Parteien bei Twitter und Facebook während der Landtagswahlkämpfe 2011. *Publizistik*, 58(2), 201–220. <https://doi.org/10.1007/s11616-013-0173-1>
- European Broadcasting Union (EBU), & British Broadcasting Corporation (BBC). (2025). *News Integrity in AI Assistants. An international PSM study*. https://www.ebu.ch/files/live/sites/ebu/files/Publications/MIS/open/EBU-MIS-BBC_News_Integrity_in_AI_Assistants_Report_2025.pdf
- Fletcher, R., & Nielsen, R. K. (2017). Paying for Online News. *Digital Journalism*, 5(9), 1173–1191. <https://doi.org/10.1080/21670811.2016.1246373>
- Freihse, C., & Unzicker, K. (2024). *Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit 2035. Wie Politik heute die Zukunft gestalten kann*. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2024099>
- Habermas, J. (2021). Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In M. Seeliger & S. Seignani (Eds.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (pp. 470–500). Nomos.

- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Suhrkamp.
- Hallin, D. C., & Mancini, P. (2004). *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. Cambridge University Press.
- Heitz, L., Lischka, J. A., Birrer, A., Paudel, B., Tolmeijer, S., Laugwitz, L., & Bernstein, A. (2022). Benefits of Diverse News Recommendations for Democracy: A User Study. *Digital Journalism*, 10(10), 1710–1730. <https://doi.org/10.1080/21670811.2021.2021804>
- Helberger, N., Karppinen, K., & D’Acunto, L. (2018). Exposure diversity as a design principle for recommender systems. *Information, Communication & Society*, 21(2), 191–207. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1271900>
- Holtz-Bacha, C. (2021). The kiss of death. Public service media under right-wing populist attack. *European Journal of Communication*, 36(3), 221–237. <https://doi.org/10.1177/0267323121991334>
- Hyzen, A., Van den Bulck, H., Puppis, M., Kulig, M., & Paulussen, S. (2025). Epistemic welfare and algorithmic recommender systems: overcoming the epistemic crisis in the digitalized public sphere. *Communication Theory*. <https://doi.org/10.1093/ct/qtaf018>
- Imhof, K. (2011). *Die Krise der Öffentlichkeit*. Campus.
- Jarren, O. (2021). Öffentlichkeitswandel durch Social Media: Auswirkungen der Plattformisierung auf die gesellschaftliche Vermittlungsstruktur. In M. Eisenegger, M. Prinzing, P. Ettinger, & R. Blum (Eds.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen* (pp. 41–63). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32133-8_3
- Jarren, O., & Klinger, U. (2017). Öffentlichkeit und Medien im digitalen Zeitalter: Zwischen Differenzierung und Neu-Institutionalisierung. In H. Gapski, M. Oberle, & W. Staufer (Eds.), *Medienkompetenz: Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung* (pp. 33–42). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Just, N., & Latzer, M. (2017). Governance by algorithms: reality construction by algorithmic selection on the Internet. *Media, Culture & Society*, 39(2), 238–258. <https://doi.org/10.1177/0163443716643157>
- Latzer, M. (2022). The Digital Trinity—Controllable Human Evolution—Implicit Everyday Religion. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 74(1), 331–354. <https://doi.org/10.1007/s11577-022-00841-8>
- Lewandowski, D. (2025). *Integration von KI-Anwendungen in Suchmaschinen und ihre Auswirkungen auf die Meinungsvielfalt*. https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/die_medienanstalten/Service/Studien_und_Gutachten/KI-Gutachten_2025_final.pdf
- Lijphart, A. (2012). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries* (2nd ed.). Yale University Press.
- Linell, P. (1998). *Approaching Dialogue: Talk, interaction and contexts in dialogical perspectives*. John Benjamins.
- Lobigs, F. (2018). Digitalstrategien und Onlineaktivitäten traditioneller Medienunternehmen in Deutschland in Zeiten der Plattform-Revolution des Internets sowie ihre Auswirkungen auf den Meinungsbildungseinfluss der Medienunternehmen. In F. Lobigs & C. Neuberger (Eds.), *Meinungsmacht im Internet und die Digitalstrategien von Medienunternehmen* (pp. 121–300). Vistas.
- Loosen, W. (2023). Journalismus – Publikum: Eine Soziale Beziehung zwischen Interaktion, Organisation und Funktion. In K. Meier & C. Neuberger (Eds.), *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven* (3rd ed., pp. 269–290). Nomos.
- McChesney, R. W. (2008). *The Political Economy of the Media. Enduring Issues, Emerging Dilemmas*. Monthly Review Press.



- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023) *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Suhrkamp.
- Meier, W. A., & Jarren, O. (2001). Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Medien und Mediensystem. Einleitende Bemerkungen zu einer (notwendigen) Debatte. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 49(2), 145–158. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2001-2-145>
- Neuberger, C. (2024). Auftrag und Diskurs – ein hybrides Gemeinwohlkonzept für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. *UFITA*, 88(2), 181–222. <https://doi.org/10.5771/2568-9185-2024-2-181>
- Neuberger, C. (2025). Journalismus, Medien und öffentliche Kommunikation. In U. Röttger, K.-D. Altmeppen, & E. Klaus (Eds.), *Kommunikationswissenschaft* (pp. 525–572). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-44284-2_12
- Nielsen, R. K., & Ganter, S. A. (2022). *The Power of Platforms: Shaping Media and Society*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780190908850.001.0001>
- Puppis, M. (2023). *Medienpolitik. Grundlagen für Wissenschaft und Praxis*. UVK. <https://doi.org/10.36198/9783838543789>
- Puppis, M., Blassnig, S., Erbrich, L., Zabel, C., & Lobigs, F. (2025). Auswirkungen einer potenziellen Abschaltung des Online-Nachrichtenangebots SRF News. Warum dies keine Lösung für die Medienkrise in der Schweiz darstellt. *Media Perspektiven*(14), 1–28. https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2025/MP_14_2025_Auswirkungen_einer_potenziellen_Abschaltung_des_Online-Nachrichtenangebots_SRF_News.pdf
- Schade, E. (2021). Intermediäre Öffentlichkeit als Epochenbruch: Zeitvergleich mit Öffentlichkeitsmodellen. In M. Eisenegger, M. Prinzing, P. Ettinger, & R. Blum (Eds.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen* (pp. 255–285). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32133-8_15
- Schmidt, J.-H., & Taddicken, M. (2022). Soziale Medien: Funktionen, Praktiken, Formationen. In J.-H. Schmidt & M. Taddicken (Eds.), *Handbuch Soziale Medien* (2nd ed., pp. 19–34). Springer VS.
- Schulz, W., & Held, T. (2006). Die Zukunft der Kontrolle der Meinungsmacht. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/446098>
- Sehl, A., Fletcher, R., & Picard, R. G. (2020). Crowding out: Is there evidence that public service media harm markets? A cross-national comparative analysis of commercial television and online news providers. *European Journal of Communication*, 35(4), 389–409. <https://doi.org/10.1177/0267323120903688>
- Sørensen, J. K., & Hutchinson, J. (2018). Algorithms and Public Service Media. In G. F. Lowe, H. Van den Bulck, & K. Donders (Eds.), *Public Service Media in the Networked Society. RIPE@2017* (pp. 91–106). Nordicom.
- Stratmann, Magdalena (2026): Die Rolle von Public Service Media als Ermöglicher von Dialog in digitalisierten Gesellschaften. Eine Literaturanalyse. *Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 80*. <https://doi.org/10.21241/ssolar.107751>
- Uth, B., Stehle, H., Wilhelm, C., Detel, H. & Podschuweit, N. (2023). The journalism-audience relationship in the digital age: A theoretical literature review. *Journalism*, 26(1), 45–64. <https://doi.org/10.1177/14648849231221611>
- Van den Bulck, H., Kulig, M., Hyzen, A., Puppis, M., & Paulussen, S. (2025). Epistemic welfare and public service media's algorithmic recommender systems: A theoretical framework, operationalization and relevance for governance. *European Journal of Communication*. <https://doi.org/10.1177/02673231251385761>
- Van der Haak, B., Parks, M., & Castells, M. (2012). The future of journalism: Networked journalism. *International Journal of Communication*, 6, 2923–2938. <https://ijoc.org/index.php/ijoc/article/view/1750/832>



Weiß, R., & Jandura, O. (2017). Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Welche Leistungen öffentlicher Kommunikation braucht eine demokratische Gesellschaft? In O. Jandura, M. Wendelin, M. Adolf & J. Wimmer (Eds.), *Zwischen Integration und Diversifikation. Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter* (pp. 11–31). Springer VS.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-15031-0_2



Anhang 1: Methodisches Vorgehen

Das Projekt „Dialogfunktion von Public Service Media“ begann mit einer **Literaturanalyse** (Stratmann, 2026) zu Vorstellungen über die künftigen Aufgaben von PSM, insbesondere mit Blick auf Dialog.

Kernstück war dann eine zweitägige **Werkstatt mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis**, konzipiert, durchgeführt und moderiert von Rosa Berndt, Expertin für Zukunftsforschung (siehe [Anhang 2](#)). Während der erste Tag bewusst auf den wissenschaftlichen Diskurs und theoretische Rahmungen hybrider Öffentlichkeit fokussierte, wurden am zweiten Tag gezielt praktische Perspektiven aus Medien, Technologie und Design eingebunden. So entstand ein vielfältiger Dialog zwischen konzeptioneller Reflexion und erfahrungsbasierter Entwicklung mit dem Ziel, theoretisch fundierte und zugleich anschlussfähige Zukunftsbilder und Formatideen zu entwerfen. Die Werkstatt beruhte auf einer **strukturierten Szenariotechnik**:

- Um mögliche Entwicklungen der hybriden intermediären Öffentlichkeit im Zeitraum der nächsten zehn Jahre abschätzen zu können, wurden in einem ersten Schritt durch ein „Horizon Scanning“ **Einflussfaktoren** bestimmt, wobei sich zwischen stabilen Rahmenbedingungen und zentralen Treibern (potenziell starker Einfluss, aber Eintreten noch offen) unterscheiden lässt.
- Anschließend wurden in einem zweiten Schritt die **wichtigsten Treiber** mit jeweils zwei unterscheidbaren Ausprägungen ausgewählt. Durch diese Gegenüberstellung in einer Vierfeldermatrix entstanden vier mögliche Zukunftsräume.
- Im darauf aufbauenden dritten Schritt wurden Quadranten aus der Matrix ausgewählt und **Zukunftsbilder** (Szenarien plausibler Zukünfte) für das Jahr 2035 ausgearbeitet.
- Anhand dieser Zukunftsbilder wurden im vierten Schritt **kommunikative Bedürfnisse** von mehreren verschiedenen Personas herausgearbeitet und entsprechende **Anforderungen an künftige Dialogformate** abgeleitet. Personas sind fiktive, aber realitätsnahe Nutzer:innenprofile, die typische Bedürfnisse, Ziele und Verhaltensweisen einer Zielgruppe bündeln, um Entscheidungen nutzerorientiert zu gestalten.

Die Ergebnisse der Werkstatt wurden von den Autor:innen anschließend verdichtet und dienten als Grundlage für die Formulierung medienpolitischer Handlungsvorschläge.

Der so entstandene Entwurf wurde von einem **erweiterten Kreis von Expert:innen** (siehe [Anhang 3](#)) gespiegelt und entsprechend überarbeitet. Die Verantwortung für den Inhalt des Papiers liegt aber selbstverständlich allein bei den Autor:innen.

Die methodische Wahl der Szenariotechnik hat sich für die Entwicklung von Zukunftsbildern und Dialogformaten als hilfreich erwiesen, geht jedoch – wie jede Methode – mit **Einschränkungen** und blinden Flecken einher. In diesem Fall besteht eine solche Einschränkung darin, dass das Arbeiten mit Personas tendenziell zu einer individualisierten Perspektive führt. Dem kann teilweise dadurch begegnet werden, dass Personas als Rollenbündel verstanden werden, in denen auch die Rolle als Bürgerin oder Bürger relevant ist und somit ein gesellschaftlicher Bezug hergestellt wird. Eine weitere Herausforderung besteht darin, parallele, aber zeitlich oder in ihrer

Dynamik verschobene Entwicklungen einzuschätzen, etwa die „Nachfrage“ nach Nachrichten, die wiederum unmittelbare Auswirkungen auf Geschäftsmodelle hat.

Hinzuweisen ist auch darauf, dass das Feld, in dem sich die Studie bewegt, ebenso komplex wie dynamisch ist. Die Studie berührt sehr grundsätzliche Fragestellungen, die hier nur angerissen werden können, etwa die Veränderung des Journalismus und die Bedeutung von Dialogformaten in diesem Zusammenhang, den Wandel von Nutzungsgewohnheiten, ökonomische Dynamiken, soziotechnische Entwicklungen und vieles mehr. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Punkten wurde zugunsten des Ziels, ein mögliches konkretes Zukunftsbild in „endlicher Zeit“ zu entwickeln, bewusst zurückgestellt. In diesem Kontext der Veränderung von Journalismus ist zudem hervorzuheben, dass das wachsende Interesse an Partizipation in einem strukturellen Spannungsverhältnis zur journalistischen Autonomie sowie zu professionellen Selektionskriterien steht. Während dialogische und partizipative Formate auf Öffnung, Einbindung und Responsivität zielen, beruhen journalistische Praktiken zugleich auf normativ begründeten Prinzipien wie Relevanzsetzung, Einordnung und redaktioneller Verantwortung.



Anhang 2: Teilnehmer:innen der Zukunftswerkstatt

Die Zukunftswerkstatt brachte Fachleute aus Wissenschaft und Praxis für eine zweitägige Veranstaltung im Hamburger Holzhafen zusammen.

- Volker Denkel, Head of Innovation, ZDF Digital Medien-produktion GmbH
- Veronica De Vore, Head Audience, Swissinfo
- Eva Horn, Projektleiterin Communitymanagement, Zentrales Social Media Management, RBB
- Torben Klaus, Innovation Lead – Digital Public Sphere, Agora Digitale Transformation
- Barbara Pfetsch, Professorin für Kommunikationswissenschaft, Freie Universität Berlin
- Manuel Puppis, Professor, Departement für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung (DCM), Universität Freiburg (Schweiz)
- Edzard Schade, Professor, Schweizerisches Institut für Informationswissenschaft (SI), Fachhochschule Graubünden
- Sabrina Scharpen, Professorin für Creative Producing & audiovisuelle Medien, BHT Berlin
- Jan-Hinrik Schmidt, Senior Researcher Digitale Medien & politische Kommunikation, Leibniz-Institut für Medienforschung HBI
- Wolfgang Schulz, Direktor und Vorsitzender des Vorstands, Leibniz-Institut für Medienforschung HBI
- Magdalena Stratmann, Junior Researcher Medienregulierung, Leibniz-Institut für Medienforschung HBI
- Konzeption und Moderation: Rosa Berndt, Zukunftsforscherin

Anhang 3: Erweiterter Kreis von Expert:innen

Mehrere Personen haben freundlicherweise den Entwurf dieses Papiers kritisch gelesen und Feedback gegeben. Hierfür möchten sich die Autor:innen herzlich bedanken.

- André Bächtiger, Professor, Institut für Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart
- Leonhard Dobusch, Professor, Institut für Organisation und Lernen, Universität Innsbruck
- Leyla Dogruel, Professorin, Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Universität Erfurt
- Christiane Eilders, Professorin, Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf & Center for Advanced Internet Studies Bochum
- Frank Lobigs, Professor, Institut für Journalistik, Technische Universität Dortmund
- Christoph Neuberger, Professor, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Freie Universität Berlin & Weizenbaum Institut
- Christian Pentzold, Professor, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Leipzig
- Thorsten Tiel, Professor, Staatswissenschaftliche Fakultät, Universität Erfurt
- Erik Tuchtfield, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg



Anhang 4: Typologie der Dialogermöglichung durch PSM

1. Direkter Dialog Bürger:innen ↔ Anbieter (Programmbezug)

- Feedbackkanäle, Kommentarfelder, Live-Chats
- Ombudsstellen, Programmbeschwerden, Publikumsdialoge
- Co-Creation: Themenvorschläge, Beta-Testing, offene Produktionsprozesse

Ziel: Transparenz, Partizipation, Nutzerorientierung.

2. Strukturierter Dialog Bürger:innen ↔ PSM-Organisationen

- Bürgerräte / Bürgerforen
- Town-Hall-Meetings, regionale Dialogtreffen
- Besuchsformate, offene Redaktionsräume

Ziel: Einbindung in strategische und programmliche Grundsatzfragen.

3. Dialog Bürger:innen ↔ Entscheidungsträger:innen

- Moderierte Bürgerdialoge zu gesellschaftlichen Themen
- Politik-Arenen, Bürgersprechstunden
- Öffentliche Konsultationen und Policy-Workshops

Ziel: PSM als neutraler Ort gesellschaftlicher Verständigung.

4. Dialog Expert:innen ↔ Öffentlichkeit

- Wissenschafts- und Faktenformate
- Expert:innenrunden, Erklärformate, Fact-Checking-Dialoge
- Öffentliche Redaktions-Q&As

Ziel: Wissensvermittlung, epistemische Qualität, Orientierung.

5. Dialog über Medienpraxis, Qualität & Regulierung

- Medienmagazine, Transparenzberichte
- Qualitätsdialoge, Programmrats-Debatten
- Social Listening und Analyse gesellschaftlicher Diskurse

Ziel: Rechenschaft, Medienkompetenz, Selbstreflexion der Institution.



6. Digitale & hybride Dialogformen

- Public-Service-Debattenplattformen
- Moderierte Communities auf Social Media
- KI-gestützte Dialogangebote (Bots, Assistenzsysteme)

Ziel: niedrighschwellige, skalierbare Beteiligung.

7. Kooperation & Community-basierte Formate

- Lokale Community-Reporter:innen
- Co-Labs, Innovationslabs
- Thematische Communities of Practice

Ziel: Nähe zu gesellschaftlichen Realitäten, Diversität der Perspektiven.

8. Dialog durch Beobachtung (klassische und weiterentwickelte Diskursformate)

- Klassische Talkshows (Will, Maischberger, Lanz) → Konflikte sichtbar machen, gesellschaftliche Selbstbeobachtung
- Weiterentwickelte Diskursformate → konstruktive Debatte, Fact-Checking, erklärt + diskutiert
- Deliberative Experimente als Zuschauerformat → Bürgerdialoge im TV/Online sichtbar gemacht
- Moderierte Streitgespräche zwischen gesellschaftlichen Gruppen → Konfliktkompetenz öffentlich einübbar
- Transparenzformate über Redaktions- und Entscheidungsprozesse → Einsicht in journalistische Arbeit
- Meta-Dialog-Formate → Analyse und Reflexion von Debattenkultur

Ziel: demokratisches Lernen, Konfliktverstehen, Orientierung.

Ansprechperson bei der Agora Digitale Transformation



Torben Klaus

Innovation Lead Digitale Öffentlichkeit

torben.klaus@agoradigital.de

